

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

Ausgabe 78, Februar 2011

Bulgarien

Besteuerung von Hotelübernachtungen

Am 01. April 2011 wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % für Hotelübernachtungen auf 9 % erhöht. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz wird nicht nur für Hotelübernachtungen angewandt, welche Teil einer von einem Reiseveranstalter oder Reisebüro organisierten Pauschalreise sind, sondern auch für Übernachtungen, die dem Kunden direkt vom Hotelbesitzer angeboten werden.

Eigenfakturierung

Mit der Option der Eigenfakturierung ermöglicht das bulgarische Umsatzsteuergesetz Empfängern von Waren oder Dienstleistungen seit dem 01. Januar 2011 explizit die Rechnungsausstellung oder die Ausstellung von Last-/Gutschriften im Namen und für Rechnung des Lieferers. Vorausgesetzt der Lieferer ist eine steuerpflichtige Person und die Parteien haben sich vorab darauf geeinigt, kann diese Option angewandt werden. Die Bedingungen und Abläufe zum Akzeptieren jeder Rechnung durch den Lieferer sind in den Anwendungsbestimmungen des Umsatzsteuergesetzes definiert.

Besteuerung der Wareneinfuhr

Die folgenden Änderungen bezüglich der Wareneinfuhr wurden eingeführt:

- Zusätzliche Anforderungen an die Umsatzsteuerbefreiung für Warenimporte, die von einer anschließenden Lieferung in ein anderes EU-Land abhängig sind - der Importeur sollte seine bulgarische Umsatzsteuer-Identifikationsnummer sowie die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (in einem anderen EU-Land ausgestellt) des Kunden, an welchen die Waren weiter geliefert werden, angeben.
- Zusätzliche Erklärungen bezüglich der Warenarten, die zur Befreiung von Zollgebühren berechtigen und, bei der abschließenden Einfuhr nach Bulgarien, der Warenarten mit Umsatzsteuerbefreiung.

Obligatorische elektronische Einreichung der Erklärungen zum Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystem (zusammenfassende Meldung)

Die elektronische Einreichung der Umsatzsteuererklärung sowie der Kauf- und Verkaufsbücher wird verpflichtend, sobald eine zusammenfassende Meldung zum Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystem für den entsprechenden Steuerzeitraum eingereicht werden muss.

Einführung der Definition "wirtschaftlicher Eigentümer" von Einkommen

Am 01. Januar führte das bulgarische Steuer- und Sozialgesetzbuch die Definition "wirtschaftlicher Eigentümer" von Einkommen mit dem Zweck der Anmeldung zu Förderungen von Steuerabkommen ein. Laut Definition ist eine fremde Gesellschaft wirtschaftlicher Eigentümer des Einkommens, wenn:

- a. sie das Recht hat, über das Einkommen zu verfügen sowie die Entscheidungsfreiheit über dessen Nutzung und das ganze oder einen großen Teil des Risikos der Geschäftstätigkeit trägt, aus welcher das Einkommen erzielt wird; und
- b. nicht als Durchlaufgesellschaft handelt.

Das bulgarische Steuer- und Sozialgesetzbuch regelt, dass eine Durchlaufgesellschaft eine Gesellschaft ist, die von Personen kontrolliert wird, welche nicht aus derselben Art und demselben Betrag der Befreiung profitieren würden, wenn das Einkommen direkt von ihnen erzielt worden wäre und die Gesellschaft keine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, mit Ausnahme des Besitzes oder der Verwaltung jener Rechte und/oder Vermögenswerte, aus denen das Einkommen erzielt wurde. Die Gesellschaft:

- a. besitzt keine Vermögenswerte, kein Kapital oder Personal, welches ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit angehört; oder
- b. kontrolliert die Nutzung der Rechte oder Vermögenswerte, aus denen das Einkommen erzielt wurde, nicht.

Ein im Inland lebender Ausländer wird nicht als Durchlaufgesellschaft angesehen, wenn mehr als die Hälfte seiner Stimmrechtsaktien an einer zugelassenen Börse gehandelt werden.

Einführung der EU-Zins- und Lizenzgebührenrichtlinie

Am 01. Januar 2011 ist die Quellensteuer auf an verbundene EU-Unternehmen zu zahlende Zinsen und Lizenzgebühren in Bulgarien von 10 % auf 5 % reduziert worden. Diese Änderung folgt der Umsetzung der EU-Zins-/Lizenzrichtlinie in die nationale Steuergesetzgebung. Der 5 % Quellensteuersatz wird für Einkommen angewandt, welches an EU-Unternehmen, die seit mindestens zwei Jahren mindestens 25 % der Anteile an dem einheimischen Zahlenden halten, zu zahlen ist. Das Gleiche gilt, wenn das nationale Unternehmen seit mindestens zwei Jahren mindestens 25 % der Anteile des Einkommensempfängers in der EU besitzt. Der 5 % Quellensteuersatz wird ebenfalls angewandt, falls ein drittes EU-Unternehmen seit mindestens zwei Jahren mindestens 25 % der Anteile des bulgarischen Zahlenden sowie des Einkommensempfängers in der EU hält. Das bevorzugte System wird in Fällen von Gewinnbeteiligungskrediten, verdeckter Gewinnausschüttung, Plänen zur Steuerhinterziehung, nicht-absetzbaren Ausgaben für eine nationale Betriebsstätte oder Ausgaben für eine Betriebsstätte eines nicht EU-Ansässigen nicht angewandt. Die Zins- und Lizenzgebührenrichtlinie soll am 01. Januar 2015 voll umgesetzt werden. Demnach wird eine komplette Befreiung der Quellensteuer auf an verbundene EU-Unternehmen zu zahlende Zinsen und Lizenzgebühren möglich sein.

Kontakt vor Ort:

Ginka Iskrova, Telefon: +359 2 9355-100

Kasachstan Reduzierung der Zollgebühren auf Exporte bestimmter Arten von Ölprodukten

Der Beschluss der kasachischen Regierung, welcher am 19. Dezember 2010 wirksam wurde, führte reduzierte Zollgebühren auf Exporte von leichten, mittleren und bestimmten Kategorien schwerer Destillate ein. Die Zollgebühren auf Exporte von Erdöl und anderen schweren Destillaten sowie Asphaltöl bleiben unverändert.

Nachstehend die neuen Sätze:

Produkt	Exportzollgebühren (pro Tonne)
Erdöl	EUR 14,55
Leichtölprodukte	EUR 71,38
Schwerölprodukte	EUR 48,35

Programm zum Anreiz von Investitionen, Entwicklung von besonderen wirtschaftlichen Bereichen und Exportförderung für den Zeitraum 2010 - 2014

Der Beschluss der kasachischen Regierung, wirksam seit dem 30. Oktober 2010, bewilligte das Programm zum Anreiz von Investitionen, Entwicklung von besonderen wirtschaftlichen Bereichen und Exportförderung in Kasachstan für den Zeitraum 2010-2014. Hauptziele des Programms sind: Verbesserung der Bedingungen für Investitionsanreize, die Entstehung besonderer wirtschaftlicher und industrieller Bereiche und finanzielle Unterstützung für Exporteure.

Kontakt vor Ort

Abdulhamid Muminov, Telefon: +7 (727) 298 0448

Letland Sätze

Die Änderungen haben den Standardsatz für Umsatzsteuer auf 22 % und den ermäßigten Satz auf 12 % erhöht. Zusätzlich wurde die Stromversorgung in Haushalten von der Liste von Waren und Dienstleistungen, auf welche der ermäßigte Satz anfällt, gelöscht. Die Zero-Rating-Bedingungen wurden angepasst u. a. Importe von Gas, Elektrizität, Heizenergie und Kälteenergie steuerfrei zu machen.

Rückerstattung von überzahlter Umsatz- steuer

Es wurden Erklärungen bzgl. der Klauseln zur Bestimmung der Rückerstattung von überzahlter Umsatzsteuer am Ende des Steuerjahres gemacht. Das lettische Zentralamt für Steuern wird die Rückerstattung innerhalb von zehn Tagen nachdem es die überzahlte Umsatzsteuer für das Steuerjahr bestätigt hat auf ein vom Steuerpflichtigen genanntes Konto überweisen. Das Umsatzsteuergesetz besagt jetzt, dass ein Rückerstattungsanspruch mit einem besonderen Hinweis auf der Umsatzsteuererklärung nur bei einer Überzahlung von über 100 Lats (ca. EUR 142,10) und einem Zusammenhang mit Anlagevermögen versehen werden muss, weil das lettische Zentralamt für Steuern keine Informationen über den Kauf dieses Anlagevermögens hat und der Steuerpflichtige diese Information allein bereitstellen kann. Das lettische Zentralamt für Steuern hat nun die Fähigkeit die Frist für die Umsatzsteuerrückerstattung zu verlängern, sobald es den Steuerpflichtigen verständigt hat, dass es die Zahlen nochmals prüft und zusätzliche Informationen für die Bestätigung des überzahlten Betrags fehlen.

Kontakt vor Ort:

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 67 09-44 00

Litauen Änderungen des Ein- kommensteuergesetzes geltend für 2010 und weitere Steuerzeiträu- me

Am 11. Dezember 2010 traten die Änderungen Nr. XI-1152 der Artikel 2, 6, 10, 12, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22 des Einkommensteuergesetzes in Kraft. Die wesentlichen Änderungen sind mit den Änderungen von Hauptdefinitionen, Einkommensteuersätzen, bestimmten auf steuerfreies Einkommen angewandten Bedingungen und Eigenheiten des Besteuerungssystems von Einzelaktivitäten. Mit Beginn 2010 hat sich die Definition von Einzelaktivitäten geändert - sie beinhaltet kein Einkommen aus dem Vermieten und Verkaufen von Immobilien mehr. Somit sind die Steuerzahler, welche die Einzelaktivität des Vermietens und Verkaufens von Immobilien für 2010 angemeldet haben, verpflichtet, das Einkommen aus dem Vermieten und Verkaufen von Immobilien und nicht aus der Einzelaktivität anzumelden. Die neue Definition "freier Beruf" ist als eine der Arten der Individualaktivitäten begründet und beinhaltet die Aktivitäten von Buchhaltern, Steuerberatern, Architekten, Ingenieuren, Psychologen usw. Bei der Berechnung und Anmeldung des Einkommens aus Einzelaktivitäten im Jahr 2010 wird der neue Einkommensteuersatz von 5 % angewandt, mit Ausnahme des Einkommens aus freien Berufen und des Verkaufs von Wertpapieren

Änderung der Sozialversicherungsbeiträge für das Jahr 2011

Am 9. Dezember 2010 wurden die Prozentsätze der Sozialversicherungsbeiträge für das Jahr 2011 durch das Gesetz zur Bestätigung der jährlichen Prozentsätze für das Jahr 2011 durch den litauischen Sozialversicherungsfond Nr. XI-1212 bestätigt. Die Hauptänderung ist mit dem erhöhten Sozialversicherungsbeitrag für Einzelpersonen, die gleichzeitig unter Urheberrechtsvereinbarungen arbeiten, sportliche Aktivitäten ausüben, ausübender Künstler sind und auf Grundlage eines Arbeitsvertrages arbeiten, verknüpft. Anstatt 17 % zahlbar seitens des Unternehmens und 8 % Sozialversicherungsbeitrag von der Einzelperson einbehalten, werden es ab 2011 30,98 % seitens des Unternehmens und 9 % Sozialversicherungsbeitrag von der Einzelperson einbehalten sein.

Kontakt vor Ort:

Kristina Krisciunaite-Bartuseviciene, Telefon: +370 5 239 2300

Polen Auswirkung auf in die Schweiz gezahlten Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren

Das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen Polen und der Schweiz beinhaltet keine Informationsaustauschklausel. Diese Klausel wird durch ein am 20. April 2010 unterschriebenes Protokoll eingeführt. Das Protokoll wurde von Polen ratifiziert, wird aber erst nach dem Notenwechsel zwischen Polen und der Schweiz, welcher bestätigt, dass die Ratifizierung abgeschlossen ist, in Kraft treten. Die Informationsaustauschklausel wird bzgl. des Informationsaustausches der Steuerjahre erst ab dem 1. Januar des Jahres, nachdem das Protokoll in Kraft getreten ist, angewandt. Angenommen das Protokoll tritt 2011 in Kraft, dann sind die polnischen und schweizer Finanzbehörden nicht berechtigt, Informationen aus früheren Jahren als 2012 auszutauschen. Somit ist die Quellensteuerbefreiung auf Dividendenzahlungen von Polen in die Schweiz für 2011 nicht anwendbar. Folglich könnte die Quellensteuer auf Dividendenzahlungen ab dem 01. Januar 2011 auf der Grundlage des Doppelbesteuerungsabkommens nur auf 5 % (25 % Beteiligungsbesitz) und 15 % (alle anderen Fälle) reduziert werden. In Bezug auf Zinsen ist die Situation ähnlich. Ab dem 01. Januar 2011 kann die Quellensteuer auf Grundlage des Doppelbesteuerungsabkommens nur auf 10 % reduziert werden und nicht auf 5 % gemäß der Richtlinie. Die Behandlung von Lizenzgebühren ist davon nicht betroffen. Eine Steuerbefreiung ist durch das Doppelbesteuerungsabkommen bewilligt und das ist vorteilhafter als die Richtlinie.

Kontakt vor Ort:

Malgorzata Jablonska, Telefon: +48 71 356 11 95

Tomasz Wolczek, Telefon: +48 71 356 11 82

Rumänien

Für 2011 erhöht sich der Anteil von individuellen Sozialversicherungsbeiträgen, umgeleitet in die private Rentenversicherung, von 2,5 % (2010) auf 3 %. Der Beitragssatz des Sozialversicherungsfonds, des Gesundheitsfonds, des Arbeitslosenfonds, der Arbeitsunfälle und der Berufsunfähigkeitsversicherung sowie des Lohngarantiefonds bleiben auf dem Niveau von 2010.

Einkommensbesteuerung von Kleinstfirmen

Die Anordnung führt erneut Bestimmungen zur Einkommensbesteuerung von Kleinstfirmen ein. Der Steuersatz beträgt 3 %. Gemäß einer Pressemitteilung des Finanzministeriums können alle Kleinstfirmen, die Ertragsteuer zahlen, die Zahlung von Einkommensteuer ab dem 01. Januar 2011 wählen, wenn sie bis zum 31. Dezember 2010 die vom Gesetz vorausgesetzten Bedingungen. Der Status einer Kleinstfirma ist bis zum 31. Dezember 2009 nicht relevant.

Einkommensteuer

- Für unabhängige Unternehmungen ist der Zeitraum der Anwendung der Nichtabziehbarkeit angefallener Benzinkosten auf das Jahr 2011 verlängert worden.
- Einzelpersonen kostenlos angebotene Gutscheine für Geschenkkarten sind nicht mehr steuerfrei.
- Besondere Regeln für die Berechnung und den Einbehalt von Einkommensteuer aus einer Vereinigung zwischen einer Einzelperson und einer Kleinstfirma wurden eingeführt.
- Für bestimmte unabhängige Unternehmungen, für welche es die Anordnung einer erwarteten Steuer von 10 % gibt, wurde die Möglichkeit des Einhalts einer Schlusssteuer von 16 % eingeführt. Diese Arten von Einkommen sind von der "andere Einkommensarten"-Kategorie ausgeschlossen.
- Im Gegensatz zu Anteilen und Wertpapieren im Falle eines aufgelösten Unternehmens ist die Verpflichtung der vierteljährlichen Anmeldung und Bezahlung der Steuer für Kapitalgewinne erhalten geblieben.
- Ein neuer Artikel hinsichtlich der Definition und Besteuerung von Einkommen aus unbekannter Quelle wurde eingeführt. Um die Steuerbemessungsgrundlage festzustellen, werden indirekte Festsetzungsverfahren benutzt, wie z. B. das Quellenverfahren, das Aufwandsverfahren, das Geldflussverfahren und das Herkunftsverfahren.
- Die Option der Neuberechnung von Einkommensteuervorauszahlungen, im Falle vorübergehender Unterbrechung oder der Beendigung unabhängiger oder landwirtschaftlicher Unternehmungen, wurde wieder eingeführt.
- Die Verpflichtung zur jährlichen Anmeldung und Zahlung der Einkommensteuer bis zum 25. Mai wurde aufgehoben. Die Anordnung führt das jährliche Einkommensteuererklärungsverfahren (für Einkommen aus Rumänien und dem Ausland) vom 15. Mai des Jahres, nach welchem das Einkommen erzielt wurde, mit der Differenzzahlung innerhalb von 60 Tagen nach der Bekanntgabe des Steuerbescheids durch die Steuerbehörde, wieder ein.

Sozialabgaben

- Sozialabgaben werden durch die Abgabenordnung abgedeckt.
- Gemäß der neuen Bestimmung IX² sind Steuerzahler, die zum, durch die Abgabenordnung abgedeckten, Sozialversicherungssystem beitragen, folgende:
 - a. Ortsansässige mit Einkommen aus einem Arbeitsvertrag (oder aus einem Arbeitsverhältnis oder besonderen Status) sowie mit als Lohn behandelten Einkommen
 - b. Ortsansässige mit Einkommen aus a) mit Beachtung internationaler rechtlicher Übereinkommen, an denen Rumänien beteiligt ist;
 - c. Einzelpersonen mit Einkommen aus fachmännischen Unternehmungen (Urheberrechte und Zivilabkommen);
 - d. Rentner mit Renteneinkommen über RON 740 (ca. EUR 173,05) pro Monat;
 - e. Einzelpersonen und Unternehmen, die als Arbeitgeber handeln, und Firmen, die einem Arbeitgeber ähnlich sind;
 - f. Öffentliche Einrichtungen;
 - g. Jede Person, die Gehälter oder Einkünfte ähnlich den Gehältern zahlt.

Kontakt vor Ort:

Alex Massaci, Telefon: +40 21 202-8658

Russland Einkommensteuer

- Das Gesetz konkretisiert die leitenden Bestimmungen von Transaktionen mit Wertpapieren durch natürliche Personen
- Einkommen aus dem Verkauf von Anteilen und Beteiligungen am Stammkapital russischer juristischer Personen, ist unter bestimmten Voraussetzungen steuerfrei.

Anzahlungen in ausländischer Währung

Den Artikeln 271 und 272 des Russischen Steuergesetzbuches (SteuerGB RF) wurden neue Regelungen hinzugefügt. Wird eine Vorauszahlung oder Anzahlung in einer fremden Währung erhalten/getätigt, müssen die in einer fremden Währung angegebenen Einnahmen bzw. Ausgaben bei der russischen Zentralbank zu dem bei Erhalt oder Tätigung der Vorauszahlung oder Anzahlung aktuellen Wechselkurs in russische Rubel umgerechnet werden. Entsprechende Änderungen gab es ebenfalls zu Artikel 316 SteuerGB RF, der das Verfahren der steuerlichen Erfassung von Einnahmen und Ausgaben regelt.

Körperschaftssteuer

- Körperschaftssteuerpflichtige sind berechtigt, nach eigenem Ermessen die Nutzungsdauer bestimmter Arten von immateriellen Vermögenswerten zu bestimmen. Diese darf allerdings nicht unter zwei Jahren liegen.
- Das Gesetz regelt zudem das Verfahren zur Anerkennung von Einnahmen bzw. Ausgaben bei der Überweisung von Anzahlungen in einer fremden Währung
- Für Einkünfte aus dem Verkauf von Anteilen und Beteiligungen am Stammkapital russischer juristischer Personen wurde unter bestimmten Voraussetzungen ein Null-Steuersatz eingeführt.

Abschreibung immaterieller Vermögenswerte

Artikel 258 SteuerGB RF wurde dahingehend ergänzt, dass ein Steuerzahler nunmehr berechtigt ist, die Nutzungsdauer bestimmter Arten von immateriellen Vermögenswerten nach eigenem Ermessen zu bestimmen, allerdings mit einer Mindestdauer von zwei Jahren. Solche immateriellen Vermögenswerte können sein:

- das Exklusivrecht eines Patentinhabers an einer Erfindung, Geschmacks- und Gebrauchsmustern;
- das Exklusivrecht eines Urhebers und anderer Rechtsinhaber, Computersoftware oder eine Datenbank nutzen;
- das Exklusivrecht eines Urhebers und anderer Rechtsinhaber, Topologien oder integrierte Schaltkreise zu benutzen;
- das Exklusivrecht eines Patentinhabers bezüglich Züchtungsergebnissen;
- der Besitz von Know-How, einer geheimen Formel oder eines geheimen Prozesses, Informationen gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Art.

Diese Liste beinhaltet keine exklusiven Markenrechte (Handelsmarke, Herkunftsbezeichnung, Markennamen). In der Vergangenheit wurde die Nutzungsdauer immaterieller Vermögenswerte auf der Grundlage von z. B. Patentlaufzeiten oder einer in einschlägigen Verträgen vorgesehenen Nutzungsdauer immaterieller Vermögenswerte bestimmt. Für alle sonstigen immateriellen Vermögenswerte, deren Nutzungsdauer nicht bestimmt werden konnte, gilt eine zehnjährige Laufzeit. Steuerzahler waren bisher nicht berechtigt, die Nutzungsdauer nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Kontakt in Deutschland:

Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483

Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252

Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

Slowakei

Endgültige Fassung der Novelle des Krankenversicherungsgesetzes

Am 2. Dezember 2010 hat das slowakische Parlament die endgültige Fassung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz verabschiedet. Der slowakische Präsident hat die verabschiedete Novelle am 16. Dezember 2010 unterzeichnet, die somit am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist.

Wesentliche Änderungen bei Dividenden

Während der Besprechungen in der zweiten Lesung wurde die Novelle wesentlich geändert, insbesondere im Bereich der Belastung von Dividenden mit Krankenversicherungsbeiträgen. Nach dem ursprünglichen Entwurf der Gesetzesnovelle, der vom slowakischen Parlament in der ersten Lesung verabschiedet wurde, war als Beitragszahler zur Krankenversicherung bei der Dividendenausschüttung die juristische Person definiert, welche die Dividende an eine natürliche Person ausschüttet. In der endgültigen, vom Parlament verabschiedeten Fassung der Novelle wird jedoch als Beitragszahler die natürliche Person definiert, welche die Dividende erhält. Für Zwecke der Krankenversicherung ist zwar Dividende identisch wie für Zwecke der Ertragsteuer definiert, jedoch umfasst sie auch Einkünfte, die als Gewinnanteil an solche Arbeitnehmer ausgezahlt werden, die keinen Anteil am gezeichneten Kapital der Gesellschaft haben. Im Zusammenhang mit dem oben Erwähnten werden sich folgende Tatsachen auf den Beitragszahler zur Krankenversicherung beziehen:

- Für einen Krankenversicherten, der eine Dividende erhält, beträgt der Krankenversicherungsbeitrag 10 % der Bemessungsgrundlage.
- Die Bemessungsgrundlage eines Krankenversicherten, der eine Dividende erhält, ist das Einkommen, das die für selbstständig Erwerbstätige und freiwillig arbeitslose Personen (sog. Selbstzahler) festgelegte Mindestbemessungsgrenze (44,2 % des durchschnittlichen Monatslohns in der slowakischen Wirtschaft für zwei Volljahre) überschreitet.
- Die Mindestbemessungsgrenze pro Monat beträgt somit 329,06 EUR (3.948,72 EUR pro Jahr) und die Höchstbemessungsgrenze für Krankenversicherungsbeiträge beläuft sich auf 2.233,50 EUR (26.802,00 EUR pro Jahr).
- Ein Krankenversicherter, dessen Dividendeneinkünfte im Kalenderjahr die Mindestbemessungsgrenze überschritten haben, ist verpflichtet, eine Jahresabrechnung der Krankenversicherungsbeiträge abzugeben. Sind seine Dividendeneinkünfte niedriger als die Mindestbemessungsgrenze, muss ihm die Pflicht, eine Jahresabrechnung der Krankenversicherungsbeiträge abzugeben, nicht entstehen.
- Ein Krankenversicherter, der eine Dividende erhält, muss keine Vorauszahlungen auf Krankenversicherungsbeiträge leisten.
- Die Pflicht, Krankenversicherungsbeiträge zu leisten, wird sich auf Dividenden beziehen, die aus dem Gewinn ausgeschüttet werden, der in der Bilanzierungsperiode erzielt wurde, die nach Inkrafttreten der Gesetzesnovelle begonnen hat. Dies bedeutet, dass Krankenversicherungsbeiträge erstmals aus Dividenden geleistet werden, die aus dem Gewinn für das Jahr 2011 ausgeschüttet werden.

Kontakt vor Ort:

Tomas Alaxin, Telefon: +421 2 59 350 664

Slowenien

Fristverlängerung für den Umsatzsteuerersatzantrag und andere Umsatzsteuerneuerigkeiten

Die Frist für die Einreichung von Anträgen zur Vergütung von in anderen EU-Ländern gezahlter Umsatzsteuer für 2009 wurde bis zum 31. März 2011 verlängert. Dementsprechend akzeptieren die slowenischen Steuerbehörden solche Vorsteuervergütungsanträge momentan noch, obwohl die eigentliche Frist am 30. September 2010 ablief. Änderungen des slowenischen Umsatzsteuergesetzes präzisieren die Mindestinformationen, die die Steuerbehörden auf einem Vorsteuervergütungsbescheid angeben müssen. Diese beinhalten eine kurze Zusammenfassung des Vorsteuervergütungsantrags, die rechtliche Grundlage des Antrags sowie, im Falle einer Ablehnung der Vergütung, den Grund der Ablehnung.

Kontakt vor Ort:

Janos Kelemen, Telefon: +3861 58 36 058

Tschechien

Einkommensteuer für Einzelpersonen

Die Gesetzgebung verabschiedete eine Änderung des Einkommensteuergesetzes, wirksam seit dem 01. Januar 2011. Die Änderung streicht u. a. eine Einkommensteuerbefreiung für alternative Energiequellen und führt besondere Regeln für deren steuerliche Abschreibung ein.

Einkommen aus Arbeitgeberbeiträgen für Einmalzahlungen zur Rentenversicherung oder Zahlungen zur vorzeitigen Beendigung der Rentenversicherung werden als steuerpflichtiges Einkommen betrachtet. Die Änderung ist eine Reaktion auf die häufige Situation, dass ein Arbeitgeber Rentenversicherungsbeiträge für einen Arbeitnehmer zahlt, wodurch diese Beiträge steuerbefreit sind und, im Falle einer anschließenden Einmalzahlung oder vorzeitigen Beendigung der Altersvorsorge, der Arbeitnehmer einer rückwirkenden Besteuerung der Arbeitgeberbeiträge entgeht. Auf der anderen Seite stellt die Änderung sicher, dass keine Steuerrückstände zu den ursprünglichen Arbeitgeberbeiträgen, dazugehörige Anteile inklusive, entstehen.

Körperschaftssteuer

- Hinsichtlich der Unterstützung für Bildung wird der maximal abzuziehende Betrag von Spenden für Gymnasien und Berufsschulen für Praktika von 5 % auf 10 % der Einkommensteuergrundlage erhöht.
- Die Steuergutschrift, die der Hälfte der Steuer entspricht, welche Steuerzahler mit mindestens 25 Angestellten, davon mindestens die Hälfte behindert, zahlen müssen, wird abgeschafft. Das Ministerium führt aus, es gäbe andere Formen der Unterstützung für behinderte Menschen und der abgeschaffte Vorteil diene in der Praxis nur der Steueroptimierung.
- Das Erhalten von Dividenden und das Verkaufen von Anteilen an Tochterunternehmen in Liquidation, ist weiterhin zu versteuern. Diese Beschränkungen entsprechen unserer Meinung nach weder EU-Regelungen, noch erklärt der Erläuterungsbericht die Gründe, die das Finanzministerium zum Beibehalten der aktuellen Vereinbarungen brachte.

Kontakt vor Ort:

Lenka Mrázová, Telefon: +420 2 5115-2553

Ukraine Schlüsselbestimmungen zur Umsatzsteuer

- **Steuersatz**
Zum 01. Januar 2014 wird der Umsatzsteuersatz von 20 % auf 17 % gesenkt. Bis dahin bleibt der Umsatzsteuersatz bei 20 %.
- **Freiwillige Anmeldung**
Eine Firma kann sich erst zur freiwilligen Umsatzsteueranmeldung bewerben, nachdem sie der Umsatzsteuer unterliegende Transaktionen mit umsatzsteuerlich registrierten Kunden ausgeübt hat. Diese Einschränkungen der freiwilligen Anmeldung werden einen negativen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit während der Anlaufphase von Tätigkeiten entfalten, in der beträchtliche Investitionen in Anlagevermögen und ein gewisser Warenbestand benötigt werden.
- **Befreite Dienstleistungen**
Die Liste der Dienstleistungen, die nicht der Umsatzsteuer unterliegen, wurde ausgeweitet und beinhaltet nun Unternehmensberatung, Maschinenbau, Buchhaltung, Recht, Wirtschaftsprüfung, Versicherungen und andere ähnliche Dienstleistungen beratender Natur sowie Dienstleistungen bezüglich der Entwicklung, Lieferung und des Testens von Software, Datenverarbeitung und Beratung zu Informationsdienstleistungen, durch Computersysteme unterstützte Dienstleistungen eingeschlossen. Solche Dienstleistungen werden nicht der Umsatzsteuer unterliegen ungeachtet dessen, ob sie von oder an Ortsansässige oder Nichtansässige erbracht werden, deshalb auch kein Vorsteuerabzug besteht. Alle Firmen, die dieser Bestimmung unterliegen, müssen Umsatzsteuer hinsichtlich von Vermögenswerten für nicht-umsatzsteuerberechtigte Transaktionen zahlen, falls für diese Vermögensgegenstände der Vorsteuerabzug geltend gemacht wurde.
- **Befreite Umsätze**
Die Lieferung von Getreidepflanzen sowie Industriepflanzen wird, mit Ausnahme der ersten Lieferung, bis zum 01. Januar 2014 von der Umsatzsteuer befreit. Der Null-Umsatzsteuersatz wird bis zum 01. Juli 2011 nur auf Exporte von Getreidepflanzen, welche im Zolltarif unter Punkt 1001 - 1008 stehen und auf Exporte von Industriepflanzen, unter Punkt 1205 - 1206, angewandt.

Schlüsseländerungen zur Einkommensteuer

- **Steuerlicher Wohnsitz**
Die Bestimmung des steuerlichen Wohnsitzes für Einzelpersonen entspricht dem, durch das Einkommensteuergesetz, kürzlich festgestellten Wohnsitz, eine Anzahl verpflichtender Kriterien vorausgesetzt. Ansässige werden mit ihrem weltweiten Einkommen besteuert. Angemeldete Freiberufler sowie private Unternehmer werden ebenfalls als ukrainische Steueransässige behandelt und unterliegen demzufolge der ukrainischen Steuer auf ihr weltweites Einkommen.
- **Steuersätze**
Für Steueransässige und Nichtansässige gilt üblicherweise derselbe Steuersatz. Der Standardsatz von 15 % - 17 % gilt für Einkommen, das aus Gehalt und anderen Arbeitsverträgen und zivilrechtlichen Vereinbarungen erzielt wird, für staatliche und nicht-staatliche Lotteriegewinne oder Glücksspiel sowie für Fremdeinkommen und anderes Einkommen, welches nirgendwo anders abgedeckt ist. Ein Monatseinkommen, geringer als 10 Mindestgehälter, welche zum 01. Januar des Berichtsjahres (für 2011 UAH 9.410 pro Monat - ca. EUR 856,75) festgesetzt werden, wird mit 15 % besteuert. Die Differenz wird mit 17 % besteuert. Für Einkommen aus Gewinnen oder Preisen (staatliche und nicht-staatliche Lotterie und Glücksspiel ausgeschlossen) gilt ein Doppelsteuersatz von 30 % - 34 %. Besondere

Steuersätze von 0 % - 5 % können auf Einkommen durch Steueransässige angewandt werden.

Schlüsseländerungen zur Körperschaftssteuer

- **Durchführungszeitpunkt**
Die Vorschriften bezüglich der Bestimmung der Körperschaftssteuerpflichtungen werden durch Teil III des Steuergesetzes, welches am 01. April 2011 in Kraft tritt, bestimmt. Für das erste Quartal 2011 muss der Steuerzahler die Körperschaftssteuererklärung unter den "alten" Bestimmungen des Körperschaftssteuergesetzes einreichen und ab dem zweiten Quartal 2011 werden die neuen, vom Gesetzbuch festgelegten, Regelungen angewandt.
- **Steuersatz**
In den Quartalen zwei bis vier 2011 beträgt der Steuersatz 23 % und wird sukzessive auf 21 % (2012) und 19 % (2013) sinken. Ab 2014 soll der Steuersatz 16 % betragen.

Kontakt vor Ort:

Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906777

Bulgaria Taxation of hotel accommodation

From 1 April 2011 the reduced VAT rate of 7 % applicable to hotel accommodation will be increased to 9 %. The reduced VAT rate will apply not only to hotel accommodation, where it is a part of a package tour organised by a tour operator or a travel agent, but also to accommodation provided directly by a hotelier to a customer.

Self-billing

With the option for self-billing to be introduced from 1 January 2011 the Bulgarian VAT Act will explicitly provide for the possibility for recipients of supplies of goods/ services to issue invoices or debit/ credit notes in the name and for the account of their supplier. This option could be applied provided that the supplier is a taxable person and that the parties have agreed in writing for this in advance. The terms and procedures for the acceptance of each invoice by the supplier are defined in the Regulations for application of the VAT Act.

Taxation of import of goods

The following amendments regarding the import of goods will be introduced:

- Additional requirements for the exemption from VAT on the import of goods that will be subject to a subsequent supply to another EU country – the importer should provide his Bulgarian VAT identification number, as well as the VAT identification number (issued in another EU country) of the customer to whom the goods will be further supplied;
- Additional clarifications are made regarding the types of goods qualifying for exemption from customs duties that are also exempt from VAT upon their final importation in Bulgaria.

Mandatory electronic submission of the VIES declarations (EC Sales Lists)

Electronic submission of the VAT declaration, sales and purchase ledgers becomes mandatory when a VIES declaration needs to be submitted for the respective tax period.

Implementation of a definition for "beneficial owner" of the income

As of 1 January 2011 the Tax and Social Securities Procedures Code (TSSPC) introduces a definition of a "beneficial owner" of income for the purposes of application of a tax treaty relief. As per the definition a foreign entity is a beneficial owner of the income when:

- a. it has the right to dispose of the income and has discretion over its use and bears the whole or a significant part of the risk of the activity from which the income is realised; and
- b. does not act as a conduit company.

TSSPC provides that a conduit company is a company which is controlled by persons who would not benefit from the same type and amount of exemption if the income was realised directly by them and it does not carry out any economic activity except for owning and/or administering the rights or the assets from which the income was realised and the company:

- a. does not own assets, capital or personnel corresponding to its economic activity; or
- b. does not control the use of the rights or assets from which the income was realised.

A foreign resident would not be regarded as a conduit company when more than half of its voting shares are traded on a registered stock exchange.

Implementation of the EU Interest and Royalties Directive

As of 1 January 2011 Bulgaria will reduce the withholding tax on interest and royalties payable to affiliated EU entities from 10 % to 5 %. This amendment follows the implementation of the EU Interest and Royalties Directive into local tax legislation. 5 % withholding tax would apply for income payable to an EU entity which has held at least 25 % of the shares in the local payer for at least 2 years. The same applies if the local entity has held at least 25 % of the shares in the EU recipient of the income for at least 2 years. Also, the 5 % withholding tax would be applicable if a third EU entity has owned at least 25 % of the shares in both the Bulgarian payer and the EU recipient of the income for at least 2 years. The preferential regime does not apply in cases of profit participation loans, hidden distribution of profits, tax evasion schemes, non-deductible expenses of a local permanent establishment or expenses of a local permanent establishment of a non EU based resident. The Interest and Royalties Directive should be fully implemented as of 1 January 2015 allowing for full exemption from withholding tax on interest and royalties payable to affiliated EU entities.

Czech Republic

The legislative process passed an amendment to the Income Tax Act that will be effective from 1 January 2011. The amendment, among other significant changes, cancels an income tax exemption for the alternative sources of energy and introduces special rules for their tax depreciation.

Income tax for Individuals

Income from employer contributions for one-off payments from pension insurance or payments from the early termination of pension insurance will be newly regarded as taxable income. The amendment is a reaction to the frequent situation where an employer pays pension insurance contributions for employees, whereby these contributions are exempt from taxation and, in case of a subsequent one-off payment or early termination of a pension scheme, the employee avoids the retroactive taxation of employer contributions. On the other hand, the

amendment makes sure that no back taxes on the original contribution of the employer, including the associated interest, are in arrears.

Corporate income tax

- In terms of support for education, the maximum deductible value of donations to secondary or higher vocational schools for practical training is being increased from 5 % to 10 % of the income tax base.
- The tax credit equal to half the tax for taxpayers who have at least 25 employees and at least half of them are disabled is being abolished. The Ministry said there are other forms of support for disabled people, and that the abolished advantage served in practice only for tax optimisation.
- Obtaining dividends and selling shares in subsidiaries that are in the process of liquidation continue to be taxable.

Such restrictions, from our point of view, neither comply with EU rules, nor does the explanatory report explain the reasons which led the Ministry of Finance to maintain the current arrangements.

Kazakhstan Reduction of customs duties on export of certain types of oil products

The Decree of the Government of RK, which became effective on 19 December 2010, introduced reduced customs duties on export of light, medium and certain categories of heavy distillates. Customs duties on export of crude oil and other heavy distillates, as well as oil asphalt, remain unchanged.

Below we provide the table with new rates:

Produkt	Exportzollgebühren (pro Tonne)
Crude oil	USD 20,00
Light oil products	USD 98,13
Dark-oil products	USD 66,47

Program on attraction of investments, development of special economic areas and promotion of export for the period of 2010 - 2014

The Decree of Government of RK effective from 30 October 2010 approved the program on attraction of investments, development of special economic areas and promotion of export in RK for the period of 2010-2014. Prime objectives of the program are: improvement of conditions for investment attraction, creation of special economic areas and industrial areas and financial support for exporters.

Latvia Rates

The amendments have raised the standard rate of VAT to 22 % and the reduced rate to 12 %. In addition, electricity supplies to households have been deleted from the list of goods and services attracting the reduced rate. The zero-rating conditions have been adjusted, among other things, to make imports of gas, electricity, heat energy and cooling energy zero-rated.

Refunds of overpaid VAT

Clarifications have been made to the clauses that determine how overpaid VAT should be refunded after the end of a tax year. The State Revenue Service (SRS) will make a refund into a bank account designated by the taxable person within ten days after the SRS has confirmed the overpaid VAT for the tax year. The VAT Act now states that a refund claim with a special reference on the VAT return must only be made for an overpayment that exceeds 100 last and relates

to fixed assets, because the SRS has no information about the purchase of such fixed assets and the taxable person alone can provide that information. The SRS now has the power to extend the time limit for a VAT refund if they have notified the taxable person that they are cross-checking the figures and requesting extra information that is necessary to confirm the overpaid amounts.

Lithuania

Amendments to the Law on Personal Income Tax effective for 2010 and further tax periods

On 11 December 2010 amendments No. XI-1152 to Art. 2, 6, 10, 12, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22 of the Law on PIT came into force. The essential amendments are related to the changes of main definitions, PIT rates, certain conditions applied for non-taxable income and the peculiarities in the taxation scheme of individual activities. Starting from 2010 the definition of individual activities is changed – it no longer includes income from rent and sale of immovable property. Thus, the taxpayers who registered the individual activity of rent or sale of immovable property in 2010 will be obliged to declare income as derived from the rent or sale of immovable property but not as derived from the individual activity. The new definition of “free profession” is established which is one of the types of the individual activities and includes the activities of accountants, tax consultants, architects, engineers, psychologists, etc. When calculating and declaring the income derived from individual activities in 2010, the new PIT rate of 5 % will be applied except for the income derived from free professions and sale of securities.

Amendments to the social security contributions for 2011

On 9 December 2010 by Law on the Confirmation of the Annual Rates of the Year 2011 of the State Social Insurance Fund of the Republic of Lithuania No. XI-1212 the rates of SSC for 2011 were confirmed. The main amendment is related to the increased SSC for individuals working under copyright agreements, performing sports activities, performers' activities and working under employment contracts simultaneously. Instead of 17 % payable on behalf of a company and 8 % SSC withheld from an individual, there will be 30,98 % payable on behalf of a company and 9 % withheld from an individual starting from 2011.

Poland

Impact on dividends, interest and royalties paid to Switzerland

The Poland-Switzerland Double Tax Treaty (“DTT”) does not contain an exchange of information clause. Such a clause will be introduced by a protocol signed on 20 April 2010 (“New Protocol”). The New Protocol has been ratified by Poland, but will only enter into force after exchange of notes between Poland and Switzerland confirming that the ratification process has ended. The exchange of information clause will only apply to exchange of information in tax years beginning on or after 1 January of the year following the tax year when the New Protocol enters into force. Assuming that the New Protocol will enter into force in 2011, the Polish and Swiss tax authorities will not be entitled to exchange information for years earlier than 2012. Thus, the exemption from WHT on dividend payments from Poland to Switzerland in 2011 will not be applicable. Consequently, from 1 January 2011, WHT on dividend payments could only be reduced on the basis of the DTT to 5 % (25 % shareholding) and 15 % (all other cases). The situation is similar for interest. From 1 January 2011, WHT can only be reduced to 10 % based on the DTT, and not to 5 % as per the Directive. The treatment of royalties is not affected. An exemption is granted by the DTT and this is more favourable than the Directive.

Romania

For 2011, the quota of individual social security contributions re-directed to private pension funds has increased to 3 % from 2,5 % in 2010. The contribution rates for the social security fund, health fund, unemployment fund, work acci-

dents and occupational diseases insurance and for the salary guarantee fund remain at 2010's levels.

Tax on micro-companies' income

The Ordinance reintroduces provisions regarding taxation of micro-companies' income. The tax rate is 3 %. According to a press release issued by the Ministry of Finance, all micro-companies that pay profit tax can choose to pay income tax from 1 January 2011, if as at 31 December 2010 they met the subject conditions provided by the law. Micro-company status until 31 December 2009 is not relevant.

Personal income tax

- For independent activities, the period for applying the non-deductibility provisions regarding fuel expenses incurred is extended for the year 2011.
- Coupons representing gift tickets offered free of charge to individuals are no longer tax-free.
- Specific rules for computing / withholding income tax derived from the association of an individual and a micro-company have been reintroduced.
- For certain independent activities, for which there is the requirement of paying 10 % anticipated tax, the possibility of withholding a final tax of 16 % is introduced. These types of income are excluded from the "other types of income" category.
- For capital gains, other than shares and securities in case of closed companies, the obligation for the taxpayer to declare and pay tax on a quarterly basis is maintained.
- A new article is introduced regarding the definition and taxation of income for which the source has not been identified. In order to establish the taxable basis, indirect assessment methods are used, such as: source and expenditure method, cash-flow method and patrimony method.
- The option to recalculate advanced income tax payments in the case of temporary interruption or cessation of independent or agricultural activities is reintroduced; the procedure will be published by Order of the National Agency for Fiscal Administration.
- The obligation to declare and pay annual income tax by 25 May is repealed. The Ordinance reintroduces the annual income declaration procedure (for income derived from Romania and from abroad) of 15 May of the year following that in which the income was obtained, with the difference to be paid within a maximum of 60 days from the date the tax assessment decision is communicated by the authorities.

Social contributions

- Social contributions will be covered by the Fiscal Code.
- According to the new Title IX, **taxpayers who contribute to social security system** covered by the Fiscal Code are:
 - a) residents who receive income under an employment contract (or a work relationship or special status) as well as income treated as wages (directors' incentives / single associate / director on mandate contract, etc.).
 - b) residents who receive income mentioned above under letter a), while respecting international juridical arrangements in which Romania takes part.
 - c) individuals who derive income from professional activities (copyrights and civil conventions).
 - d) retirees with pension incomes above RON 740 per month.
 - e) individuals and companies which act as employers and entities similar to employers;

- f) public institutions;
- g) any payer of salaries or revenue similar to salaries.

Russia Personal income tax

- The law elaborates on the provisions governing individuals' transactions with securities.
- Income derived from the sale of shares and interests in the charter capital of Russian entities, provided certain conditions are met, are tax exempt.

Prepayments in foreign currencies

New provisions have been added to Articles 271 and 272 of the Tax Code stating that, when a prepayment or advance payment is received/transferred in a foreign currency, income/expenses denominated in a foreign currency must be converted into Russian roubles at the official Central Bank of Russia exchange rate upon receipt/transfer of the prepayment or advance payment (the part attributable to the prepayment or advance payment). Corresponding changes have also been made to Article 316 of the Tax Code, which establishes the procedure of tax accounting for income and expenses.

Corporate profits tax

- Payers of profits tax are entitled to determine, at their own discretion, the useful life of certain types of intangible assets. This cannot, however, be less than two years.
- The law establishes the procedure for recognising income and expenses upon transfer of prepayments in a foreign currency.
- A 0 % tax rate has been established for income derived from the sale of shares and interests in the charter capital of Russian entities, provided certain conditions are met.

Amortisation of intangible assets

A paragraph has been added to Article 258 of the Tax Code stating that the taxpayer is entitled to set the useful lives of certain intangible assets at his own discretion, but this cannot be less than two years intangible assets include:

- exclusive right of the patent owner to an invention, industrial sample or useful model
- exclusive right of the author and another right holder to use computer software or a database
- exclusive right of the author or another right holder to use topologies of integrated microcircuits
- exclusive right of the patent owner to selection achievements.
- possession of know-how, a secret formula or a process, information on industrial, commercial or scientific experience.

This list does not include the exclusive right to a trademark, service mark, place of origin of goods or a brand name. In the past, the useful life of an intangible asset was determined on the basis of, for example, the patent term or term of use of intangible assets provided for in relevant contracts. A ten-year term was fixed with respect to any intangible assets whose useful lives were impossible to determine. Taxpayers were not allowed to set useful lives at their own discretion.

Slovakia

The amendment to the Act on Health Insurance has now been finalized

On 2 December 2010, the National Council approved the Amendment on Health Insurance. The amendment was approved on 16 December 2010 by the president of the Slovakian Republic. The enforcement of the amendment is from 1 January 2011.

The significant change in dividends

The Amendment passed with important changes made in the second reading, particularly regarding the health insurance contributions from dividends. Under the original draft of the Amendment approved by the National Council in the first reading, the legal entity was defined as a payer of contributions for health insurance on dividends paid to an individual. The Amendment approved by a Parliament, defines an individual receiving dividends as the payer. The dividend, for the purpose of health insurance, is defined in the same way as for income tax purposes. However, in addition it includes the revenue received as a share of profits paid to employees who have no shareholding in the company. In connection with the aforementioned, the following facts relate to insurance payers with respect to dividends:

- Contributions for the insured who receives a dividend, is 10 % from the assessment base;
- The assessment base of the insured who receives a dividend, is income that exceeds the amount of minimum basis set for self-employed and voluntarily unemployed person assessment base (self-payers), and is set at 44,2 % of the average monthly wage in Slovakia for the two preceding years;
- In 2011, the assessment base per month will be EUR 329,06 (EUR 3.947,72 per year) and the monthly maximum assessment base will be EUR 2.233,50 (EUR 26.802,00 per year);
- The insured person, whose income from dividends exceeds the minimum basis, will be required to file annual health insurance reconciliation. In a case where revenues do not exceed the minimum basis, the insured is not obliged to file annual health insurance reconciliation;
- The insured who receives the dividend is not obliged to pay advances for insurance;
- The obligation to pay contributions will apply to dividends paid from profits generated in the accounting period which started after the enforcement date of this Amendment. This means that for the first time the contributions will be due from dividends paid out from profits generated in 2011.

Slovenia

Extended deadline for the VAT refund application and other VAT news

The deadline for the submission of applications to reclaim VAT paid in other EU countries in 2009 has been extended to 31 March 2011. Thus the Slovene tax authorities are currently still accepting such refund applications, even though the normal deadline was 30 September 2010. An amendment to the Slovenian VAT law specifies the minimum information that the Tax Authorities must state on a VAT refund decision. This includes providing a short summary of the VAT refund application, the legal basis for the refund and, if a VAT refund is refused, the reason for the refusal.

Ukraine

Key provisions related to Value Added Tax

- **Tax rate**
Starting from 1 January 2014 the VAT rate will be reduced from 20 % to 17 %. Until that date the VAT rate will remain at 20 %.
- **Voluntary registration**
An entity may apply for voluntary VAT registration only after it performs VAT able transactions with VAT-registered customers. Such limitations for voluntary registration will have a negative impact on business during the start-up stage of operations, when substantial investment in fixed assets and goods in stock is required.
- **Exempt services**
The list of services not subject to VAT has been expanded to include consulting, engineering, accounting, legal, audit, actuarial and other similar services of a consulting nature, as well as services on development, supplying and testing of software, data processing and consulting on informational services, including services assisted by computer systems. Such services will not be subject to VAT irrespective of whether they are provided to/by a resident or a non-resident, therefore no input VAT will be available. All entities subject to this provision will need to recognize VAT liabilities in respect of assets to be used in non-VAT able transactions if VAT credit has been previously recognized.
- **Exempt sales**
Supply of grain crops and industrial crops will be exempted from VAT, with the exception of their first supply, until 1 January 2014. 0 % VAT rate will be applicable only to the export of grain crops stated in the Customs tariff under position 1001-1008 and industrial crops under position 1205-1206 until 1 July 2011.

Key changes related to Personal Income Tax

- **Tax residence**
The tax residence determination for individuals corresponds to the one previously established by the Personal Income Tax Law (PIT Law), providing a number of tie-breaker criteria. Residents are taxed on their worldwide income. Registered freelancers and private entrepreneurs also qualify as Ukrainian tax residents and therefore, subject to Ukrainian tax on their worldwide income.
- **Tax rates**
The same tax rates generally apply to tax residents and non-residents. The standard 15 % - 17 % rate applies to income received as salary and other benefits under employment and civil agreements, state and non-state lottery winnings or gambling, foreign income and other income not covered elsewhere. Monthly income less than 10 minimum salaries established as of 1 January of the reporting year (for 2011 – UAH 9,410 per month) is subject to a 15 % rate. The balance is taxed at 17 %. A double rate [30 % - 34 %] applies to income received as winnings or prizes (except for state or non-state money lottery or gambling). Specific tax rates of 0 – 5 % may apply to certain types of income received by tax residents (see Chapter II).

Key changes related to Corporate Profits Tax

- **Implementation date**
The provisions related to determining CPT liabilities are governed by Part III of the Tax Code, which enters into force on 1 April 2011. For 1Q 2011 the taxpayers will be required to prepare the corporate tax return under the “old” CPT Law provisions and from 2Q 2011 onwards the new rules established by the Tax Code will apply.
- **Tax rate**

The tax rate will be 23 % in 2-4QQ 2011 and will gradually decrease further to 21 % and 19 % in 2012 and 2013 respectively. From 2014 onwards the tax rate should be 16 %.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-5207
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Tanja Galander
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 2636-54 83
tanja.galander@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine Email an Cornelia Herwig: cornelia.herwig@de.pwc.com